

Mehr als 4 000 demonstrieren für Erhalt der Mitbestimmung

Mehr als 4 000 Gewerkschafter und Betriebsräte haben im Vorfeld der Aufsichtsratswahlen bei der DB AG in Berlin gegen Pläne demonstriert, die Mitbestimmung in den Betrieben drastisch einzuschränken.

Der Protest richtete sich insbesondere gegen die Absicht der FDP, die Arbeitnehmerrechte massiv zu beschneiden. Aufgerufen zu der wichtigen Aktion hatten die Verkehrsgewerkschaft GDBA und die Gewerkschaft Transnet. Beide werteten die Kundgebung als Erfolg und klares Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft.

Unter dem Motto „Rote Karte für diese gelbe Politik“ waren die Demonstranten vom Bahnhof



Zeigten den Liberalen die „rote Karte“ (links). GDBA-Chef Klaus-Dieter Hommel warnte davor, Arbeitnehmer und Arbeitslose gegeneinander auszuspielen (unten rechts). Der Protest war gewaltig (unten links).

Friedrichstraße zur Zentrale der Liberalen in der Berliner Reinhardtstraße gezogen.

GDBA-Chef Klaus-Dieter Hommel nannte die Vorhaben der FDP auf einer sich anschließenden Kundgebung „einen Frontalangriff“ auf die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften. Er warnte die Liberalen zugleich davor, Arbeitnehmer und Arbeitslose gegeneinander auszuspielen. Es sei „blanker Unfug und schon zynisch“, zu behaupten, dass angeblich nur die

Arbeitnehmerrechte schuld an der hohen Arbeitslosigkeit in Deutschland seien, machte Hommel unter dem Beifall mehrerer Tausend Demonstranten deutlich.

Norbert Hansen Vorsitzender der Gewerkschaft Transnet, erklärte, Demokratie in Deutschland sei „direkt mit der Geschichte der Arbeitnehmer und ihrer Interessenvertretung verbunden“. Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte seien „feste Bestandteile der sozialen

Marktwirtschaft.“ Diese Rechte wolle die FDP angreifen. Sie beschädige damit „die Grundpfeiler der sozialen Marktwirtschaft.“

Der Vorsitzende des Konzernbetriebsrates der DB AG, Günter Kirchheim, bezeichnete die Protestaktion als „klares Bekenntnis“ zur Mitbestimmung in Deutschland. So sichere beispielsweise die Unternehmensmitbestimmung in Deutschland den sozialen Frieden innerhalb der Betriebe. Oftmals seien es die Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsräten gewesen, die mit ihren Ideen für Innovationen gesorgt hätten. „Die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat der DB AG haben mit ihren Argumenten und Aktionen dafür gesorgt, dass Investitionsmittel aufgestockt werden“, sagte er.

